

Erschienen in:

pflegen psychosozial
Zeitschrift für die professionelle psychiatrische Arbeit
Heft 4/2011 - Thema: Hoffnung

RENATE SCHERNUS

Enttäuschte Hoffnung?

Soltauer Initiative warnt vor Scheitern der UN-Behindertenrechtskonvention

Mit der UN-Konvention sind die Rechte von Menschen mit Behinderung endlich gesetzlich verankert worden. Bei einer konsequenten Umsetzung müssten sich behinderte und nicht behinderte Menschen gemeinsam auf den Weg machen. Leider klaffen Anspruch und Wirklichkeit immer noch weit auseinander.

2004 ist die Soltauer Initiative für Sozialpolitik und Ethik mit den „*Soltauer Impulsen*“ an die Öffentlichkeit getreten. Sie ist eine von zahlreichen Initiativen und Einzelpersonen, die die Veränderungen im Gesundheitswesen und in allen sozialen Arbeitsfeldern kritisch beobachten und öffentlich Besorgnis und Widerspruch formulieren. Sie sucht nach Wegen, sozial- und gesellschaftspolitischen Einfluss zu gewinnen, um der Ökonomisierung und Bürokratisierung des Sozial- und Gesundheitswesens entgegenzuwirken.

Die *Soltauer Initiative* (SI) befürchtet, dass die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) angesichts der derzeit neoliberal geprägten Politik und der noch nicht überwundenen Folgen der Wirtschaftskrise scheitern wird. Verhindert werden kann das nach Meinung der SI nur durch eine entschiedene Umkehr zu einer sozialen, ökologischen und global verpflichteten Marktwirtschaft.

Die SI weist darauf hin:

- dass parallel zur Erarbeitung der Konvention die Ökonomisierung aller gesellschaftlichen und sozialen Bereiche im Sinne neoliberaler Politik und Denkweise in fast allen europäischen Ländern Fahrt aufnahm,
- dass auf der Basis neoliberaler Politik und Denkweise faktisch in vielen Bereichen das Gegenteil dessen, was die Konvention will, sukzessive in Gesetzgebung, Bewusstseinsbildung und Praxis Einzug hielt,
- dass in diesem Prozess Menschenwürde vielfach beschädigt wurde und wird,
- dass diese sozialen Kosten der Ökonomisierung in den Wirtschaftspolitiken der Länder nicht bedacht werden,
- dass Sozialtransferleistungen (zumindest in Deutschland) auf einem System basieren, das mehr auf Kontrolle, statt auf Motivation und Ermutigung setzt,
- dass diejenigen, die im Zuge der Ökonomisierung des Sozialen den neuen Autonomienormen nicht entsprechen können, zunehmend stärker in ihren Menschenrechten eingeschränkt worden sind. All dies müsste jedoch berücksichtigt werden, damit die UN-BRK nicht in Gefahr gerät, zu einer gigantischen Hochglanzbroschüre zu verkommen. ((Kasten Ende))

Sozial- und gesellschaftspolitisch ist nicht der Begriff Teilhabe, sondern der Begriff Effizienz im Sinne von „finanzieller Rentabilität“ in den letzten Jahren im Sozial- und Gesundheitswesen zunehmend mehr zum Leitbegriff geworden.

Dies hat gravierende Auswirkungen:

- Soziale Dienste und Einrichtungen werden nach Rationalisierungsgesichtspunkten und betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Kalkülen zu Unternehmen umdefiniert und umgebaut. Volkswirtschaftliche Aspekte werden ausgeblendet. Das hat Mechanismen zur Folge wie Vorteilsbeschaffung im verordneten Wettbewerb, verschärftes Controlling von In- und Output, Personalkürzungen, Neustrukturierung von Verwaltungs- und Kommunikationsabläufen, Standardisierung und Quantifizierung von Hilfeprozessen, Privatisierung, Outsourcing und anderes mehr.
- Durch Einführung von Modulen, Fachleistungsstunden und Minutenzählerei wird der Sinn ambulanter gemeindenaher und teilhabeorientierter Arbeit im Prozess der Ökonomisierung zunehmend konterkariert.
- Die so genannte Hilfeplanung wird in manchen Regionen zu einem „Instrument“ pervertiert, mit dessen Hilfe der Zugang zu den Hilfen möglichst erschwert, wenn nicht gar verwehrt werden soll.
- Durch die Fixierung auf abrechenbare Einzelleistungen werden soziale Zusammenhänge ausgeblendet. Dies steht im krassen Widerspruch zur Sozialraum- und Inklusionsorientierung.
- Sowohl wegen des materiellen Budgets der Klienten als auch wegen des zeitlichen Budgets der Mitarbeiter werden Möglichkeiten zur und Förderung von Teilhabe zunehmend einschränkt.

Stark pflegebedürftige Menschen sowie Menschen, bei deren Behinderung dissoziales, andere gefährdendes Verhalten eine Rolle spielt, werden gleichsam „weggedacht“. Weder die personell ausgedünnten Heime noch die ambulanten Dienste können ihnen gerecht werden. Sie werden zu ungeliebten Nomaden zwischen zahlreichen Diensten und Einrichtungen, dadurch wird ihre Form des Behindertseins massiv verstärkt, bis sie schließlich in überregionalen, geschlossenen Einrichtungen landen. Dies ist auch ein Symptom dafür, dass ein Verständnis des Menschen als eines grundsätzlich bedürftigen und immer auch abhängigen Wesens kaum mehr Raum hat.

Die zerstörerischen Folgen bisheriger marktradikaler Rezepte werden sich als schwer überwindbare Barrieren für die Umsetzung der humanen Intentionen der UN-Konvention erweisen. Der massive Zielkonflikt zwischen einer am Wettbewerb orientierten Ökonomie und der enthusiastisch gefeierten UN-Konvention darf nicht länger ausgeblendet werden.

Solange neoliberale Marktideologen Exklusion im großen Maßstab nicht nur als unvermeidlichen Nebeneffekt in Kauf nehmen, sondern sie sogar zur Belebung der Wirtschaftsdynamik anstreben, werden die Inklusionsbemühungen der Konvention romantisches Wunschdenken bleiben. Wenn Ideal und Wirklichkeit zu stark auseinanderklaffen, wird dies sowohl zur Verbitterung der Betroffenen führen als auch zu weiterer Demoralisierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Sozial- und Gesundheitswesen. Diese stehen schon jetzt unter einem enormen betriebswirtschaftlichen Effizienzdruck, der sie an der Umsetzung eben der ethisch fachlichen Orientierungen hindert, wie sie zu Recht in der UN-Behindertenrechtskonvention gefordert werden. Viele Mitarbeiter stehen bereits in der Gefahr, den Weg distanzierter Coolness zu wählen. Wenn strukturelle und zeitliche Vorgaben ein Sicheinlassen auf Menschen verhindern, führt dies dazu, dass sich viele aus Selbstschutz von menschlichem Leid distanzieren.

Durch die derzeit wirksamen wirtschafts- und finanzpolitischen Mechanismen werden immer mehr Menschen ausgegrenzt. Besonders stark betrifft dies Menschen mit Behinderungen. Die Freiheitsrechte, die ihnen mit der UN-Konvention garantiert werden, könnten sich als Farce erweisen, wenn die materielle Grundlage für ein selbst bestimmtes Leben fehlt oder ihnen der Zugang zu notwendigen Hilfen verwehrt wird.

Auf diese und weitere kritische Punkte wies die Initiative bereits im Oktober 2009 in einem Papier mit dem Titel „*Moralisch aufwärts im Abschwung? - UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Kontext von Sozial- und Wirtschaftspolitik*“ hin, das sie, unterstützt durch die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP), veröffentlichte.

Die von der Bundesregierung derzeit geplante Lastenverteilung zur Sanierung des Haushalts ist nicht geeignet, Befürchtungen dieser Art zu zerstreuen. Für Hartz IV-Empfänger sollen die Beiträge zur Rentenversicherung wegfallen, auf das Elterngeld müssen sie komplett verzichten, der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger entfällt. Einschnitte beim Pflegegeld sind geplant. Ferner sollen behinderte Menschen nur noch 80 Prozent vom regulären Hartz IV Regelsatz erhalten. Das sind nur noch 291 Euro, also 68 Euro weniger als bisher. Außerdem soll ihr derzeitiger Rechtsanspruch auf Rehabilitationsleistungen in eine Ermessensleistung umgewandelt werden.

Zur Verwirklichung von mehr Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe, wie sie in der UN-BRK angestrebt wird, wäre eine andere Lastenverteilung notwendig. Diese wäre möglich z. B. durch: Rücknahme der reduzierten Mehrwertsteuer für Hotels, Einführung einer Börsenumsatzsteuer, Anhebung des Spitzensteuersatzes auf die alte Höhe von 53 Prozent. Seriöse Berechnungen gehen davon aus, dass durch solche Maßnahmen der Staatskasse mehr als 36 Milliarden Euro zugeführt werden könnten, genug um die ungerechten Sparmaßnahmen nicht umzusetzen und darüber hinaus die ALG II –Sätze anzuheben sowie angemessene Bildungsmaßnahmen für Kinder durchzuführen.

Renate Schernus

Das Papier „*Moralisch aufwärts im Abschwung?*“ steht als Download zur Verfügung auf der Internetseite www.soltauer-impulse.culturebase.org.
Bestelladresse für die Papierform: dgsp@netcologne

Kontakt zur Soltauer Initiative:
E-Mail: renate.schernus@t-online.de

Verlag

Friedrich Verlag GmbH
Im Brande 17, 30926 Seelze
www.friedrich-verlag.de

Geschäftsführung

Michael Conradt, Dr. Friedrich Seydel

Programmleitung

Dr. Maren Ankermann (v. i. S. d. P.)

Anzeigenmarketing

Bernd Schrader
Tel.: 0511/4 0004-131
Fax: 0511/4 0004-975
Anzeigenpreisliste Nr. 1, gültig ab 01.06.2010

Leserservice

Tel.: 0511/4 0004-152
Fax: 0511/4 0004-170
E-Mail: leserservice@friedrich-verlag.de